

Ho. Ztg.  
v.

# Bürgerinitiative für mehr öffentliche Beteiligung

19.05.14

## Fracking: BLU will Gesetzesänderung

**HALTERN.** Nachdem sich die Halterner Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in einem Schreiben an Bürgermeister Bodo Klimpel mit Fragen zum Thema Fracking (Gewinnung von Erdgas) in Haltern wandten, meldet sich nun auch die Bürgerinitiative für Lebensqualität und Umweltschutz (BLU) zu Wort.

Ihr waren die Antworten Klimpels auf die drei Fragen der Grünen nicht detailliert genug. Etwa die Antwort auf die Frage, wie die Genehmigung im Falle wissenschaftlicher Fracking-Pilotprojekte verliefen. Darauf hatte Klimpel keine Antwort geben können. Die liefert jetzt allerdings BLU.

### Antrag beim Bergamt

Im Falle wissenschaftlicher und nicht-wissenschaftlicher Bohrungen in Haltern bedarf es eines Antrags beim zuständigen Bergamt. Im Falle Haltorns bei der Bezirksregierung Arnsberg. Nur wenn ein Erdgasunternehmen versichert, dass in Zukunft keine Bohrungen auf dem Probegebiet stattfinden werden, wird der Antrag von der Behörde

genehmigt. Ferner müssen Kommunen über entsprechende Genehmigungen informiert werden und können Stellung dazu nehmen.

### „Nicht ausreichend“

Aus Sicht der BLU sind die aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bundesberggesetzes nicht ausreichend, um die Öffentlichkeit zu informieren, zu beteiligen und zu schützen. „Das Interesse der Bewohner wird in dem Gesetz nicht in den Fokus gerückt“, sagt Heinrich Stegemann, Vorsitzender der BLU.

Die Bürgerinitiative fordert mehr öffentliche Beteiligung. Diese beschränke sich zurzeit lediglich auf informative Teilhabe an Prozessen, heißt es in einer Stellungnahme.

Ein effektives Einwirken auf die Gestaltung des Abbaus von Rohstoffen sei auf diese Weise nicht möglich, so die BLU, die eine entsprechende Gesetzesänderung in Erwägung zieht.

dg